

zusammenfassend, daß die Angaben des Knaben den Tatsachen entsprechen und daß der Unbekannte in der blauen Bluse der Täter ist. Alle Nachrichten und Mitteilungen sind zu richten an die Staatsanwaltschaft, an die Landau-Bergerstraße 7. — Die Verlobungsbekanntmachung, die in den letzten Monaten hier und in der Umgebung eines erkrankten Mannes angenommen hatten und sogar in einigen Fällen zur tatsächlichen Eheschließung von Verlobten führten, die darüber von Angehörigen in der Kriegsdienstzeit bekannt waren, haben, wie der Dr. H. mitteilt, zum Teil ihre Gültigkeit verloren.

Streu. Größere Regenmengen sind hier und in der Umgebung niedergegangen, wodurch die Gefahren für die Weite beseitigt worden sind. — Eine öffentliche Aufforderung zum Aufgeben richtet jetzt der Stadtrat an die gesamte Bevölkerung. Er weist dabei darauf hin, daß der Mangel an Hebe- und Schuhwaren im kommenden Winter sehr groß sein wird. Den Schuhwarenhändlern wäre nur ein ganz geringer Teil des Friedensverbrauchs zuzurechnen. Die Bemühungen des Stadtrats, schon jetzt einen Ratgeber an Schuhen für den Winter zu beschaffen, seien bisher erfolglos gewesen.

Wittweida. Bei einem hierigen Einwohner wurden in seiner Wohnung 119 Pfund Brot vorgefunden, das er seinem Hauswirt gestohlen hatte. Die Untersuchung ergab, daß außerdem gegen zwei Dutzend Mehl nach und nach aus der Backstube entwendet worden waren. Mit dem gestohlenen Brot wurde ein sawunadischer Handel getrieben.

Chemnitz. Die Spargelversteigerung hat ein drittes Opfer gefordert. In der Nacht zum Sonnabend ist der Berliner Richter an den Folgen der Vergiftung im städtischen Krankenhaus verstorben, nachdem zuvor seine 10 Jahre alte Tochter verstorben und seine Verwandte, Frau G. Mann aus Jockkau, aus der gleichen Ursache vom Tode ereilt worden waren.

Bad Säcking. Hier ist der Jagd fortgesetzt außerordentlich reger. Er übertrifft den stärksten Jagd in den besten Jahreszeiten. Die Zahl 7000 an Furgästen ist bereits überschritten.

Edenried. Durch ein Großfeuer wurde in der Nacht zum Sonnabend das Schulhaus bis auf die Umfassungsmauern vernichtet. Ein Teil des Mobiliars konnte nicht mehr gerettet werden, ebenso sind dem Feuer drei Hegen zum Opfer gefallen.

Wurgau. In der Arieschmühle wurden große Mehl- und Gerstehähle ermittelt. Diese ausgeführt zu haben, werden ein Verwalter und ein Bakwirt beschuldigt.

Leipzig. Die allerersten in Deutschland, hat nun auch in Leipzig und Umgebung die Abnahme und Abgabe der Kirchengeländer zum Schutze des bedrohten Vaterlandes begonnen. Am Johannistage fanden in den Gemeinden gottesdienstliche Abschiedsfeiern statt. Von rund 50 Geläuften Leipziger Kirchen bleibt nur das Thomaskirche mit der 1477 gezeigten, 5100 Kilogramm schweren, Musikerkirche herrlich verzierten Gloriole erhalten. Außerdem ist noch ein einziger Glöckner der Nikolai- und der Mattiäskirche sowie der Kirchen in den Vorstädten Eutritzsch, Rodau und Kötzsch kunsthistorischer Wert und damit die Erhaltung zu gesprochen worden. Unter den abzugehenden Geläuften befindet sich auch das der Friedenskirche zu Wohlitz, das von einem Ehepaar „zum Dank gegen Gott für die den deutschen Weeren im Kriege gegen Frankreich 1870/71 verliehenen unvergleichlichen Siege und in hoher Freude über das Wiedererlangen des deutschen Reiches und die Wiedereroberung lange verlorener deutscher Lande“ gestiftet und am Johannistage 1873 erstmals geläutet worden ist. Trauen in Wohlitz, dem Brennpunkte der Völkerschlacht, erlangt am Sonntag zum letzten Male ein Geläute, das das im besten Ringen um den Ort am 18. Oktober 1813 vernichtete alte Geläute ersetzt hat. Die Gemeinden der Leipziger Pflege werden am Glockenopfer fürs Vaterland stärker beteiligt sein, als die Stadt selbst. Die aus dem 12. Jahrhundert stammende Glöckner der Kirche zu Gröbern, wohl die älteste im Sachsenlande, wird nicht eingeschmolzen. Auch die Friederichsglocke in Großwiederitzsch bleibt erhalten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Feier des Reformationsjubiläums ist nicht aufgehoben! Die „Deutsche Evangelische Korrespondenz“ schreibt: In einem Bericht über die Ergebnisse der Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz in Eisenach heißt es: „Der erste und vornehmste Verhandlungsgegenstand betraf die Feier des Reformationsjubiläums. In der Beschlusse ist von einem Beschluß der Konferenz über einen Aufschub der Jubiläumsfeier gesprochen worden. Dagegen ist selbstverständlich nicht die Rede. Im Gegenteil. Die Konferenz hat auf eine möglichst einheitliche und reich ausgestaltete Feier des großen Gedächtnistages in allen Landeskirchen und allen Gemeinden des evangelischen Deutschlands mit ganz besonderem Nachdruck hingewiesen. Von der geplanten gemeinsamen deutsch-evangelischen Feier in Mittelhessen und einer Nachfeier in Eisenach mußte allerdings gegenwärtig abgesehen werden, weil nach eingehenden Untersuchungen einer solchen Feier in Mittelhessen jetzt in der Kriegszeit unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen.“ — Es ist deshalb freilich, wenn die „Rechts-Korrespondenz“ des Evangelischen Bundesverbandes für Deutschland in Nr. 256 behauptet, wegen der durch den Krieg bedingten Umstände mußte die Reformationsfeier auf das nächste Jahr verschoben werden.“ Die Reformationsfeier ist nicht verschoben und kann nicht verschoben werden. Die größte Verehrung der Geschichte wird im Laufe dieses Jahres und namentlich am 31. Oktober 1917 von zahlreichen Stellen und an zahlreichen Orten mit aufrichtigem Dank gefeiert werden.

Reorganisation und Kriegsdienst. In der Generaldebatte zum Etat sagte der württembergische Ministerpräsident in der Zweiten Kammer: Die Frage der Reorganisation der Verwaltung kann ebensowenig wie die Reorganisation im Stimm behandelt, sondern erst gelöst werden, wenn in Deutschland wieder Reunionsverhältnisse haben. Wo der Staat besonders bräde, werde die Reichsregierung handeln. Die württembergische Regierung habe die kaiserliche Oberhoheit mit Verzichtung aufgenommen. Es würde weder richtig sein, wenn die württembergische Kammer jetzt über die Verfassungsfrage im Reichstag verhandelte, noch wenn die verbündeten Regierungen jetzt einen Generalprotokoll gegen das Vorgehen im Reich erlassen. Die württembergische Regierung habe die Politik des Reichstagslers während des Krieges als durchaus richtig erkannt und mit voller Ueberzeugung unterstützt. Der Ministerpräsident wandte sich gegen die sozialdemokratische Anregung, die Erste württembergische Kammer aufzulösen. Eine Unterhaltung über die Kriegsdienstfrage sei erst dann möglich, wenn die Feinde nicht ausgesprochen. Unter solchen Umständen sei ein Schiedsmann-Frieden ohne Bedeutung. Solchen Kriegsdienst würden unsere Soldaten eine noch kräftigere Fortbildung entgegennehmen. Die Kammer an der Front befindet während der besten Zeit. Hieraus ergab sich die Hoffnung, daß eine Umkehr in der Stimmung der Feinde bald kommen werde.

Reorganisation. Die Beschlüsse auf die letzte Reichstags-Sitzung sind...

480882000 Kronen, wovon mehr als die Hälfte auf die amortisierbare Staatsanleihe entfällt.

Der neue Ministerpräsident. Die Wiener „Neue Freie Presse“ schreibt: „Doch der längst zum Reichsausschuss ernannte Reichsminister Dr. v. Seidler zum Reichsausschuss des Übergangsministeriums ernannt worden ist. Damit hat die politische Krise in Oesterreich erst eine vorläufige Friedung gefunden. Der neue Ministerpräsident Dr. Seidler erklärte in der Domänen-Konferenz, daß die neue Regierung noch einen provisorischen Charakter trage und von einer definitiven Regierung später abgelöst werden solle. Inzwischen soll das Budgetparlament, die Verlängerung der Mandatsdauer und der Delegationswahlen durchgeführt werden. Wie nun aber auch das Ministerium beschaffen sein mag, das das Kabinett Lam-Martini endlich erledigen soll, es wird schließlich gegenüber dem slavischen Block keinen wesentlich anderen Standpunkt einnehmen als Graf Lam-Martini. Dieser erklärte am 14. Juni, es handle sich darum, daß der Tag der Selbstständigkeitsbedürfnisse der Völker soweit entgegenkomme, wie es die verlässliche Wahrung der ihm anvertrauten Gesamtaufgaben gestattet. Wenn die Polen, Tschechen, Südslaven und Ruthenen trotz dieses entgegenkommenden Verhaltens das Kabinett Lam-Martini fürchten, so macht das freilich zunächst den Eindruck, als ob sie trotz aller in diesem Kriege gemachten Erfahrungen in Zukunft erst recht ihre nationalen Bestrebungen über die gesamtstaatlichen Interessen stellen wollten, wodurch sie selbstverständlich die geplanten durchgeführten demokratischen Reformen unmöglich machen würden. Zum Glück liegen die Dinge nicht so schlimm. Die Führer des slavischen Blocks haben sich schon veranlaßt gesehen, sich gegen eine solche Schlussfolgerung aus ihrer Handlungsweise zu verwehren. Sie erklärten, es sei im wesentlichen nur die politische Verantwortlichkeit des Grafen Lam-Martini und sein „persönliches Vorleben“ gewesen, das sie bei ihrem Verhalten bestimmte. Den Staatsnotwendigkeiten wollten sie ihre Unterstützung nicht verweigern. Zweifellos rückt sich an den unliebsamen Vorläufen in Oesterreich die Hartnäckigkeit, mit der die Reichstages in der parlamentarischen Zeit allen Warnungen vor der sich im Stillen ansammelnden Unzufriedenheit innerhalb der verschiedenen Nationalitäten die Ohren verschloßen. Die Folge ist, daß sich jetzt in kurzer Zeit Spannungen entladen müssen, die sich sonst nach und nach ohne eine Erschütterung der staatlichen Gesamtinteressen hätten entladen können.“

Deutsch-österreichisch-ungarischer Wirtschaftsverband. Aus Budapest wird gemeldet: Die Eröffnungssitzung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der Einheit der auch im Wirtschaftskampfe Schulter an Schulter kämpfenden Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen der Mittelmächte. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Baron Beck, des ungarischen Regierungsvertreters und des Bürgermeisters von Budapest, hielt Dr. Stresemann einen Vortrag über Uebergangswirtschaft.

Die gesamte Wiener Presse nimmt die Berufung des Ministeriums Seidler sympathisch auf und stellt fest, daß das aus dem vordringenden und hervorragenden Fachleuten gebildete neue Kabinett die dringlichsten Staatsnotwendigkeiten schnellsten parlamentarisch zu erledigen und die Vorbereitung und Durchführung der großen Zukunftsaufgaben der staatlichen Neuordnung durchzuführen haben wird. Die Unterstützung für den ersten Teil dieser Bestimmung des neuen Kabinetts werde ihm im Parlament nicht fehlen. Die Tatsache, daß der neue Ministerpräsident in der Gegenwart seiner Willen eine hohe entscheidende Aufgabe zufällt, sich sofort nach seiner Ernennung mit den Parteimitgliedern in Fühlung setzte, beweise den richtigen politischen Sinn, den der Ministerpräsident Seidler für die Vorbereitung und Lösung des ihm gestellten schwierigen Hauptprogramms besitze. Die nächste Aufgabe des Abgeordnetenhauses, nämlich die Bewilligung des Budgetparlamentes und die Verlängerung der Mandatsdauer dürfte Ende dieser Woche erfüllt werden, doch dürfte von einer Vertagung des Hauses Abstand genommen werden, da einige wichtige Ausschüsse den Sommer hindurch arbeiten sollen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 25. Juni 1917.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, hat Kravtchin, der vor einigen Tagen in Petersburg angekommen ist, mitgeteilt, daß während einer einzigen seiner Abreise vorangegangenen Woche die Engländer nicht weniger als rund 32000 Soldaten und 400 Offiziere an Toten verloren haben neben einer riesigen Zahl an Verwundeten wie an Gefangenengenen.

Clemenceau erhebt Vorwürfe gegen den französischen Minister des Innern, der sich unfähig zeige, den sich häufenden Fällen offener Disziplinlosigkeit der Urtäuber auf den Bahndämmen ein Ende zu machen.

Die Behörden verschiedener Departements in Oesterreich sollen sich darauf vorbereiten, während des Winters Departementenwälder abzubauen, um die Kohlenkrise abzuwenden.

Ueber die Abberufung mehrerer italienischer Kommandeure, sowie über Reuterereien unter den italienischen Truppen liegen Meldungen von der Tiroler Front vor.

Wie das Berl. Ztbl. zu melden weiß, hätten bei der Abfahrt der von der Entente aus Griechenland ausgewiesenen Personen Karte Rückgebungen des Volkes stattgefunden.

Krenski soll die Erlaubnis erteilt haben, weibliche russische Bataillone zu bilden.

Wie die Voss. Ztg. schreibt, trete die russische Regierung jetzt in den Entscheidungskampf zwischen der Demokratie und dem Kapitalismus ein.

In Washington finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen den technischen Mitarbeitern der Entente-Kommissionen und der amerikanischen Regierung statt, um die neutralen Regierungen zu zwingen, daß sie ihren Schiffstamm den Ententemächten zur Verfügung stellen.

Bericht.

Berlin. (Antik.) Im Atlantischen Ozean und in der Nordsee sind durch unsere Ueberschiffe neuerdings 7 Dampfer, 1 Segler und 2 Fischdampfer vernichtet worden, und zwar die bewaffneten englischen Dampfer „Hellington“ (4321 Tonnen), „Vaduz“ (41000 Tonnent), „Polyzona“ (5787 Tonnen) mit Belgen und Stückgut aus Australien, „Gator“ (8668 Tonnen), „Baron Gadow“ (4316 Tonnen), beide tief beladen, „Hollis“ (641 Tonnen), „St. Bernhard“, der englische Fischdampfer „Shamrock“ und „St. Bernhard“, der englische Fischdampfer „Alvon“ mit Kohlen, sowie zwei unbekannte Dampfer, von denen einer aus einem Geleitzug herausgehoben wurde. Einer der Ueberschiffe hatte ein Geschütz mit einem Bewachungsbesatz und einen Ueberschiff, in dessen Verlauf erliches Geschützschiff schwer beschädigt wurde. Das feindliche Ueberschiff wurde durch Salven eingedrückt. Ob Treffer erzielt wurden, konnte nicht einwandfrei beobachtet werden. Ein anderes unserer Ueberschiffe, das von einem feindlichen Angriffen wurde, erzielte auf dem Turm des Seglers einen Treffer.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine, (Richtb. (Rufspruch vom Vertreter des Wiener A. und H. Reichs.) Imparcial zufolge, verfesten

Ueberschiffe in der Nähe von St. Ferral den französischen Dampfer Beau, in der Nähe von Langer den italienischen Dampfer Italia, 5500 Tonnen mit Eisen und Zink von England für Larent, und in der Nähe von Obledo den norwegischen Dampfer Svind aus Larund mit Holz von Norwegen nach Livorno. Der Dampfer Williams, 8000 Tonnen mit Kohlen aus Cardiff für Genua, ist in der Nähe von Altante gestrandet.

Ein ausländischer Diplomat über Deutschlands angebliche Friedensziele.

Rotterdam. Der Genfer Korrespondent der „Daily News“ hatte mit dem aus Berlin zurückgekehrten Gesandten von Daitt eine Unterredung über die Friedensziele. Der Gesandte meinte, daß die deutsche amtliche Meinung in Bezug auf die Bedingungen unerlässlich bleibe und in dieser Beziehung die Meinung von ganz Deutschland wiedergebe. Der Gesandte behauptete u. a., in deutschen Handels- und Finanzkreisen richtigen bemerkt zu haben, die zu Abmachungen bereit wären, indem man Frankreich gewisse Teile von Elsaß-Lothringen anbieten gegen Vergütung in Form von Kolonien. Der Gesandte will weiter wissen, daß alle Deutschen des Krieges überdrüssig seien und der amtliche deutsche Friedensgedanke laute: Keine Annerkennung, keine Vergütungen. Die deutsche Regierung meine, daß der Status quo die einzige Grundlage zu einem dauerhaften Frieden sei.

Der Kongress der drei Wirtschaftsverbände.

Budapest. Die drei Wirtschaftsverbände Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns, die seit Sonnabend ihren Kongress hier abhalten, werden, wie der Korrespondent der „Telegraph“ in London“ von antikommunistischer Stelle erzählt, folgenden Schluß fassen: Im Sinne der von den drei Wirtschaftsverbänden wiederholt und einmütig gefaßten Beschlüsse, bez. eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses und einer gemeinsamen Handels- und Verkehrspolitik, sowie der Rechtsannäherung, erklären es die in Budapest versammelten Vertreter der drei Wirtschaftsverbände als geboten, daß die mitteleuropäischen Staaten auch die wichtigsten Fragen der Uebergangswirtschaft in Uebereinstimmung und unter gegenseitiger Förderung zur Lösung bringen. Zur Erledigung dieser Angelegenheiten sind die staatlichen Stellen der Mittelmächte berufen, sie sollen daher stets im Einvernehmen miteinander vorgehen und alle wichtigen Fragen der Uebergangswirtschaft nach gleichen Grundsätzen und mit steter gegenseitiger Unterstützung lösen, wobei prinzipiell ein staatliches Eingreifen nur dort erfolgen sollte, wo der freie Unternehmungsgeist, der der Hauptfaktor des Wiederaufbaues der Wirtschaft sein muß, zweifellos nicht hindert oder die Förderung der wirtschaftlich schwächeren Elemente eine ergänzende staatliche Vorsorge bedingt. Dieser Beschlussesantrag wurde bereits in der Vorbesprechung genehmigt.

Budapest. Der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband setzte Sonnabend die Beratungen fort. Friedrich Herbst-Wien berichtete über die Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft, Professor Fellner-Budapest über die Valuta-Regulierung, Rudolf Heine-Wien über die Versorgung der Kriegeswägen und Invaliden, Geheimrat Pieker, der Präsident des Handelsbundes, sagte, die Uebergangswirtschaft müsse möglichst eingeschränkt werden. Handel und Industrie dürfen nicht stabilisiert werden. Ferner sprach noch Kämpfer-Halberstadt, Geheimrat Raab und andere. Abends waren die Teilnehmer Gäste der Kaiserstadt zum Nachtmahl. Sie wurden vom Bürgermeister Barczay empfangen.

Eine Unterredung mit Radostawow.

Wien. Der bulgarische Ministerpräsident Radostawow gab in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der Neuen Freien Presse keine Befriedigung darüber Ausdruck, daß sich die Monarchien endlich über das Moramontal die Hände als Raabarn reichen können. Diese Nachbarschaft, sagte Radostawow, war für uns eine unbedingte Notwendigkeit. Diese Freiheit wurde erzielt, ohne jede Verletzung des Nationalitäten-Prinzips, daß die Entente unaufhörlich im Grunde führt; denn die von Bulgarien und dem treuen Bundesgenossen eroberten Länder sind bulgarisch. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Lage auf allen Fronten ausgezeichnet sei. Bezüglich der Vergewaltigung Griechenlands durch die Entente sei er der festen Ueberzeugung, daß die militärische Kraft unserer Verbände hierdurch nicht größer wird, da wir entsprechend vorbereitet seien.

Rußland unter der Kontrolle der Alliierten.

Wien. Unter der Ueberschrift „Rußland unter der Kontrolle der Alliierten“ schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“: Ein Beweis dafür, in welchem Maße die Alliierten bemüht seien, ihren Einfluß auf das freie Rußland auszuüben, sei die Meldung des Nizkoje Tomow, wonach die russische provisorische Regierung die Notwendigkeit in Erwägung gezogen hat, die Vorkämpfer der Alliierten von den in den höheren Kommandostellungen der russischen Armee einsetzenden Veränderung in Kenntnis zu setzen.

Russische Truppen verweigern den Angriff.

Wien. Aus Lemberg wird gemeldet: Am 23. Juni wurde ein schwerverletzter englischer Offizier in das hiesige Militärhospital eingebracht, der über die Vorgeschichte seiner Gefangennahme folgendes erzählte: Nach einer mehrstündigen von französischen und japanischen Offizieren geleiteten Feuerbereitschaft sollte in einem Waldstück an der Lipa der Infanterieangriff einsetzen. Der englische Offizier bemühte sich jedoch vergeblich, die von ihm befehligte Grabenbesatzung anzutreiben. Die russische Mannschaft wehrte sich entschieden. Als der englische Offizier energisch aufzutreten begann, griff die Mannschaft ihn an und schleuderte ihn weit aus dem Graben hinaus, sodas er beunruhigt in der Vorkampflinie lag, wo er von den österreichisch-ungarischen Truppen aufgefunden wurde.

Die Ausichten auf eine russische Offensive.

Wien. „Nieuws von den Dag“ schreibt: Die Ausichten auf eine russische Offensive werden stets geringer. Jetzt streift das Eisenbahnpersonal auf der Strecke Moskau-Petersburg, der Verbager Rußlands. Immer unguünstigere Berichte kommen über die Verhältnisse auf dem Lande, wo die Bauern sich auf Kosten der Grundbesitzer selbst Rechte verschaffen, wodurch die Landwirtschaft vernachlässigt; kurzum, die Anzeichen von Auflösung mehren sich.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Rußland.

Petersburg. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Der Sonderauschuß, der das Gesetz für die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung ausarbeitet, hat die Zahl der Abgeordneten derselben auf 800 festgelegt, sodas auf 200000 Einwohner ein Abgeordneter kommt. Jede Provinz wird einen Wahlbezirk mit mindestens 3 Abgeordneten bilden. Petersburg und Moskau werden besondere Bezirke darstellen.

Thomas über seine russischen Eindrücke.

Genf. Barier Ausfragern erklärte der aus Rußland zurückgekehrte Minister Thomas, sein Optimismus bezüglich der Wiedererlangung der Stofkraft des russischen Heeres sei keineswegs unbegründet. Ueber die geplante Konferenz der Ententestaaten zur Abschaffung neuer Verträge mit Rußland äußerte sich Thomas zurückhaltend, was sich damit erklärt, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat nur Verträge billigen will, die das Recht der Öffentlichkeit nicht zu schaden hätten. Ueber Rumänien erklärte Thomas,